

Der Testfall

Rechtsextreme, die sich explizit christlich geben, sind ein eher junges Phänomen. Nun haben sich die katholischen Bischöfe gegen völkisch-nationalistische Positionen abgegrenzt – und ein AfD-Politiker könnte sein Kirchenamt verlieren.

**Von Roland Muschel
und Annette Zoch**

Stuttgart/München – Die deutschen katholischen Bischöfe teilen nicht immer dieselben Ansichten, aber in diesem Punkt schon: Völkisch-nationalistische Positionen seien mit kirchlichen Haupt- und Ehrenämtern unvereinbar, erklärten sie vor knapp drei Wochen. Das einstimmig verabschiedete Diktum fand viel Beachtung – auch weil die Bischöfe darin explizit vor der AfD warnen. Und es sieht ganz danach aus, dass es auch spürbare Konsequenzen hat. Das zeigt der Fall von Christoph Schaufert.

Schaufert ist stellvertretender Vorsitzender der dreiköpfigen AfD-Fraktion im saarländischen Landtag – und Mitglied im Verwaltungsrat der katholischen Kirchengemeinde St. Marien in Neunkirchen. Dieses Amt könnte er nun verlieren: Auf Antrag des Pfarrgemeinderats und des Verwaltungsrats prüft der Trierer Generalvikar Ulrich von Plettenberg den Ausschluss Schauferts aus seinem kirchlichen Amt. Dies bestätigte eine Bistumssprecherin der Süddeutschen Zeitung.

Der Fall Schaufert ist der erste, bei dem unter Berufung auf die Bischoferklärung ein AfD-Politiker aus einem kirchlichen Gremium fliegen soll. Schaufert sagte der SZ, er sei „fassungslos“, will sich aber vorerst nicht weiter äußern.

Christ sein und extremen Rechten folgen – wie passt das zusammen?

„Das ist jetzt der Testfall“, sagt Thomas Schüller, Professor für Kirchenrecht in Münster. Die Positionierung der Bischöfe ist rein ethischer Natur, sie hat keinerlei rechtlichen Charakter. Aber da ist ja noch das diözesane Kirchenvermögensverwaltungsgesetz, darin heißt es in Paragraph 8: Der Generalvikar kann ein Mitglied „aus wichtigem Grund, insbesondere wegen grober Pflichtwidrigkeit oder Ärgernis erregenden Lebenswandels“ entlassen. Ob ein AfD-Mandat und eine entsprechende politische Betätigung dahingehend ausgelagert werden kann, ist allerdings rechtlich unklar.

Bislang haben in Deutschland nur zwei Diözesen rechtlich festgeschrieben, dass eine Mitgliedschaft in rassistischen und fremdenfeindlichen Organisationen mit einem kirchlichen Ehrenamt unvereinbar ist – das Bistum Würzburg und das Erzbistum Berlin. „Die anderen Bischöfe sollten sich ein Beispiel daran nehmen, sie sind schließlich in ihren Diözesen die Gesetzgeber und müssen kein Parlament fragen“, sagt Schüller. „Sie sollten deshalb jetzt schnell Sitzungen und Wahlordnungen für Pfarrgemeinderäte und pfarrliche Verwaltungsräte ändern.“ Eine Mitgliedschaft bei der AfD allein könne aber kein Ausschlussgrund sein.

Im Kontext der Debatte tut sich eine grundlegende Frage auf, die mit den Wahlerfolgen der AfD immer drängender wird. Einerseits Christ zu sein und sich andererseits einer Partei zugehörig zu fühlen, die als rechtsextremistischer Verdachtsfall und in Teilen sogar als gesichert rechtsextremistisch gilt – wie geht das zusammen?



Eine Ordensfrau hält bei dem „Zusammen gegen rechts“-Protest am 21. Januar in Berlin ihr Demoschild hoch.

FOTO: STEFAN TRAPPE/IMAGO

Christ zu sein, heißt schließlich, einem Mann zu folgen, der dazu aufgerufen hat, seinen Nächsten zu lieben wie sich selbst. Der gesagt hat: „Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

„Letztlich ist die christliche Rechte ein Widerspruch in sich“, sagt Henning Flad, Politikwissenschaftler und Projektleiter der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus. „Die christliche Ethik steht in einem so klaren Widerspruch zu Ideologien von der Ungleichwertigkeit des Menschen, dass dies kaum überbrückbar ist.“ Dass sich Rechtsextreme dennoch so dezidiert christlicher Töne bedienten, sei ein relativ neues Phänomen. „Bis etwa 2011 prägte eher der Neonazismus das Erscheinungsbild der extre-

men Rechten in Deutschland.“ Die Grundhaltung dieser Szene sei neuheidnische und kirchenfeindlich geprägt gewesen.

Mit der Selbstantarnung der Terrorgruppe NSU und dem 2012 gestarteten Verbotsverfahren gegen die NPD sei der offene Neonazismus aber in die Krise geraten,

Um die Inhalte des christlichen Glaubens geht es gar nicht

sagt Flad. In der extremen Rechten habe eine Kräfteverschiebung stattgefunden, hin zu einer sich intellektuell gebenden, völkisch-nationalistischen „Neuen Rechten“. Erst diese Verschiebung habe ermöglicht, dass sich extreme Rechte ganz bewusst als

Christen inszenierten. Um christliche Glaubenshalte gehe es dabei aber nicht. „Das Christentum fungiert vielmehr als identitätspolitisches Abgrenzungsmerkmal“, sagt Flad – und erinnert an die Kreuze, die Demonstranten bei Pegida-Aufmärschen herumtrugen.

Die Alternative für Deutschland wurde 2013 in den Räumen der Evangelischen Christuskirche in Oberursel gegründet, aus Protest gegen die Politik Angela Merkels in der Euro-Schuldenkrise. Mit den Jahren hat sich die Partei aber immer weiter radikalisiert. Zwar gibt es bis heute die Gruppe der „Christen in der AfD“, sie gilt parteiintern aber als wenig einflussreich.

Die „Christen in der AfD“ verwahren sich jetzt gegen die Erklärung der Bischöfe: „Von der Existenz unterschiedlicher,

voneinander getrennter Völker als Abstammungs- und Blutsgemeinschaft (...) geht zunächst einmal der christliche Schöpfung der Bibel, als dessen Schöpfung aus“, schreiben sie in einem offenen Brief. Die katholischen Sprecher der Gruppe, Ulrich Oehme und Michael Adam, schreiben in einer weiteren Stellungnahme, die der SZ vorliegt: „Die AfD bekennt sich, anders als andere aktuell in Deutschland herrschende Parteien, in ihrem Grundsatzprogramm unzweideutig zu den Kernwerten des Christentums: Dem Lebenschutz, der Ehe von Mann und Frau, dem Schutz der Familie.“

Diese Themen bilden das vermeintliche Scharnier zwischen Kirche und Neuer Rechte. Ein Beispiel dafür ist der „Marsch für das Leben“, eine Veranstaltung des Bunde-

desverbands Lebensrecht gegen Abtreibungen. Kritiker werfen dem Verband vor, sich nicht klar von Rechtsextremisten zu distanzieren und zu tolerieren, dass sie auf den Märchen mitlaufen. Regelmäßig sind auch AfD-Politiker zu Gast – aber auch katholische Bischöfe schickten schon mal Grusworte oder ließen mit.

Der Passauer Bischof Stefan Oster lässt offen, ob er noch einmal beim „Marsch für das Leben“ auftritt. Er trage das Anliegen des Lebensschutzes selbstverständlich mit, schrieb er auf seiner Webseite. „Womöglich lässt sich der Marsch zu leicht beschädigen, zu leicht inhaltlich kapern.“ Die Empfehlung seiner Mitbrüder, „die AfD eher nicht zu wählen“, trage er mit.

Man suche weiter den Dialog mit AfD-Wählern, hatten die Bischöfe betont. Aber zur Partei selbst gehen sie auf Distanz: Das Katholische Büro in Berlin lädt AfD-Abgeordnete nicht mehr zum Jahresempfang ein. Gleichtes gilt für die Evangelische Kirche in Deutschland. „Im Zuge der offenkundigen Radikalisierung der Partei werden Funktionsträger nicht mehr zu repräsentativen Anlässen eingeladen“, sagte ein EKD-Sprecher.

Die Bischöfe gehen auf Distanz zur AfD, nicht zu deren Wählern

Die AfD reagiere bereits, sagt Henning Flad. „Kirchenaustritt ist die zentrale neue Melodie, die man von der AfD hört“, berichtet der Extremismus-Experte. „Stadtdeisen wendet sich die extreme Rechte eher Teilen von evangelikalen Milieus zu.“ Der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Goßner bestätigt das: Die große Mehrheit der AfD-Mitglieder, die kirchlich engagiert seien, hätten der Amtskirche den Rücken gekehrt, sagt der religionspolitische Sprecher der Fraktion, der selbst konfessionslos ist. „Es gibt ja genügend Freikirchen als Alternative im Land.“ Die Amtskirchen seien vielen zu politisch. „Die Kirche soll das Wort Gottes verkünden und keine Wahlempfehlung aussprechen.“

Gerade im pietistisch geprägten Württemberg sind Freikirchen stark vertreten. Eine, für die es in der AfD offenkundig Sympathien gibt, ist die vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtete Evangelische Freikirche Riedlingen (Kreis Biberach) von Jakob Tscharntke. Der Prediger vermischt gezielt christlich-fundamentalistische Ansichten mit der Ablehnung von Demokratie und Staat, heißt es im baden-württembergischen Verfassungsschutzbereich 2022.

So habe Tscharntke während der Corona-Pandemie von einem „totalen Impfrieg“ gesprochen und Politiker als „Unrecht- und Willkürherrschende“ bezeichnet, die „von den bösen satanischen Mächten dahinter“ gesteuert würden. Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (BEFG) hatte sich bereits 2015 wegen „herabwürdigender Außerungen über Flüchtlinge“ distanziert. Tscharntkes Freikirche ist kein Mitglied mehr. Der AfD-Mann Goßner wiederum sagt, er kennt Tscharntke persönlich. Auf ihn mache er den Eindruck eines „lupenreinen Demokraten“.

Die Sprache wird zum Politikum

Jeder dritte Lette spricht Russisch als Muttersprache und nicht Lettisch. Jahrzehntelang ging das gut – doch der Krieg in der Ukraine hat alles verändert.

Riga – Wer nicht gut genug Lettisch spricht und nur die russische Staatsbürgerschaft hat, soll das Land verlassen. So wollen es die lettischen Behörden: Anfang März erließ das Amt für Staatsbürgerschaft und Migrationsangelegenheiten sechs Ausreisebefehle wegen nicht nachgewiesener Sprachkenntnis. Mehr als 1000 Menschen sind von dieser neuen Gesetzgebung von 2023 betroffen. Aber eigentlich betrifft es das ganze Land mit seinen 1,8 Millionen Einwohnern.

Es geht um das Selbstverständnis einer noch jungen Nation. Verglichen mit seinen Nachbarn Litauen im Süden und Estland im Norden hat Lettland die größte russischsprachige Gemeinschaft. Etwa ein Drittel der Menschen in Lettland spricht Russisch als Muttersprache, und nicht wenige haben nie richtig Lettisch gelernt. Obwohl Lettisch die alleinige Amtssprache ist.

Jahrzehntelang hat man sich irgendwie arrangiert. Und dann kam der 24. Februar 2022, der Überfall Russlands auf die Ukraine – und seitdem ist alles anders. Lettland steht fest an der Seite der Ukraine – die einzige sovjetische Teilrepublik war, genauso wie der baltische Staat einmal. Seither besinnen sich die Letten noch mehr auf ihre Sprache, ihre Traditionen, betonen ihre europäische Zugehörigkeit. Das sei auch eine Frage der Sicherheit des Landes, sagen viele. Und die russische Sprache und ihre Sprache geraten unter Druck.

Seit vergangenem Jahr müssen nun Menschen mit russischem Pass, die seit Jahrzehnten im Land leben, für weitere Aufenthaltsgenehmigungen Sprachkenntnisse nachweisen. Die Schulen haben auf 100 Prozent Lettisch als Unterrichtssprache umgestellt, bisher waren es 60 Prozent.

Deniss Kļukins leitet seit neun Jahren die Rīnužu-Schule am nördlichen Rand der Hauptstadt Riga. Auf dem Schulhof sprechen die Kinder Russisch miteinander, erzählt Kļukins in seinem Direktorzimmer. Er selbst bezeichnet sich als ethnische Zdgigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München

schen Russen mit lettischem Pass. Der 42-Jährige ging selbst auf diese Schule. In seinem Büro stehen Regale voll mit Sportpokalen für Fußball, Handball, Volleyball. Der Sportplatz liegt direkt am Kiefernwald, der an die Schule angrenzt.

Die meisten Menschen hier leben in den hohen Wohnblocks, die zu Sowjetzeiten zwischen die kleinen, alten Holzhäuser im lettischen Stil gepflanzt wurden. Arbeit gibt es auf der Werft und in der Fischfabrik. Derzeit sei das hier der russischsprachige Stadtteil Riga, sagt Kļukins. Auch Menschen aus Belarus leben hier, sie alle sprechen miteinander Russisch, wie auch viele der Einheimischen. Mehr als die Hälfte der Bewohner von Riga spricht Russisch, im Verhältnis noch mehr als im Rest des Landes.

„Man kann nicht einfach alle Kollektiv beschuldigen.“

Doch im Unterricht soll bald ausschließlich Lettisch gesprochen werden. Mit den Erstklässlern wurde schon begonnen, nach und nach wird das auf alle Klassen ausgeweitet. „Es wird Kinder geben, deren Leistungen abfallen“, sagt Kļukins. Auch er spricht im Schulalltag Lettisch. Nicht alle Lehrer fällt das leicht, sie müssen selbst noch lernen, die Schule unterstützt sie dabei.

Russisch wird in Zukunft auch nicht als Fremdsprache, sondern nur noch als freiwillige Arbeitsgemeinschaft angeboten werden. Das hat die Regierung festgelegt. Kļukins äußert sich nur vorsichtig, als hätte er Angst, etwas Falsches zu sagen. Glücklich wirkt er mit der Umstellung ein.

Doch viele ethnische Letten haben kein Verständnis mehr für ihre Landsleute, die es in allen Jahren nicht geschafft haben, ihre Sprache zu lernen. Das schafft nur Probleme, auch für die Russischsprachigen selbst. Kürzlich haben einige Ärzte im Gesundheitsministerium vorgesprochen. Sie

nicht bestehen. Ušakovs war zehn Jahre lang Bürgermeister von Riga, vor fünf Jahren ging er für die sozialdemokratische Partei Saskana nach Brüssel. Ušakovs ist ethnische Russe, die Partei Saskana vertritt diese Gruppe. Nachdem Saskana nach Kriegsbeginn Russland sofort deutlich verurteilte, verpasste sie bei der Wahl im Herbst 2022 den Einzug ins lettische Parlament.

Doch Ušakovs sagt, die meisten russischsprachigen Letten verhielten sich loyal zu ihrem Land. Das Vorgehen der Mitte-links-Regierung, die in dieser Zusammensetzung erst seit vergangenem September im Amt ist, erzeugte Spannungen und Stress, sagt er. „Man kann nicht einfach alle kollektiv beschuldigen.“

Eigentlich sei es der Kreml selbst, der diese Spannungen in der lettischen Gesellschaft schüre. „Und lettische Nationalisten sind auch nicht gerade hilfreich“, sagt er. Dieser Nationalismus steckt aus seiner Sicht auch hinter dem Abriss sowjetischer Denkmäler.

Ethische Letten verbinden mit diesen Monumenten die sowjetische Besatzung und das Leid ihrer Großeltern und Urgroßeltern, die zu Zehntausenden in Gulags deportiert wurden. Die russische Minderheit hingegen sah sie als Symbol für den Sieg über die Nazis.

Ušakovs findet, dass im Land unterschiedliches Erinnern genauso Platz haben müsse wie verschiedene Sprachen. In einem Land mit nur 65 Prozent ethnischen Letten sei es einfach unrealistisch, dass alle nur eine Sprache sprächen. Die Sprachtests für die Menschen mit russischem Pass finden er falsch. Im Europäischen Parlament will er eine Petition für ihre Rechte einbringen.

Doch viele ethnische Letten haben kein Verständnis mehr für ihre Landsleute, die es in allen Jahren nicht geschafft haben, ihre Sprache zu lernen. Das schafft nur Probleme, auch für die Russischsprachigen selbst. Kürzlich haben einige Ärzte im Gesundheitsministerium vorgesprochen. Sie

verlangen, dass in Krankenhäusern ausschließlich Lettisch gesprochen wird – von Ärzten wie Patienten.

„Nicht Lettisch zu sprechen ist ein Gesundheitsrisiko“, sagt Rūdolfs Vilde. Der 30-jährige Lungenerzt arbeitet am Uni-Klinikum in Riga. Es könnte nicht erwartet werden, dass jeder lettische Arzt fließend Russisch spricht. Vilde möchte vor Attacken geschützt werden, wie sie zuletzt häufiger vorkamen. Ärzte und Ärztinnen wurden beschimpft, sogar täglich angegriffen, weil sie nicht Russisch sprachen – oder sprachen.

„Aber wir haben nur eine Amtssprache.“ Und die sollte auch am OP-Tisch gelten, sagt Vildes Kollegin Anna Klēsmite-Blūma. Die beiden sind gemeinsam zum Gespräch gekommen, das in einem Büro des Konrad-Adenauer-Stiftung in Riga stattfindet. Klēsmite-Blūma ist Anästhesistin. Es sei noch allzu üblich, erzählt sie,

dass unter Kollegen, vor allem älteren, Russisch gesprochen werde, wenn nur einer in der Gruppe nicht genug Lettisch verstehe. Die 30-Jährige findet, es solle umgekehrt sein. „Geraude die Jüngeren sprechen kaum noch Russisch.“ Schließlich mussten sie es in der Schule nicht mehr lernen. Es ist also auch ein Generationenkonflikt. Der sich mit der Zeit vielleicht von selbst löst – wenn alle im Unterricht nur noch Lettisch sprechen.

Damit verbinden viele auch die Hoffnung auf eine bessere Integration der russischsprachigen Letten – und weniger Anfälligkeit für die Propaganda aus Moskau. Umfrage zeigen, dass vor allem Russischsprachige Putins Krieg in der Ukraine für gerechtfertigt halten.

Im Februar sagten dem lettischen Meinungsforschungsinstitut SKDS insgesamt mehr als 34 Prozent der Befragten, dass die Ukraine für einen schnellen Frieden

Kompromissen zustimmen müsse – unter den Russischsprachigen waren es 60 Prozent.

Der Soziologe Mārtiņš Kaprāns warnt vor schnellen Schlüssen. „Die russischsprachige Minderheit ist kein starker Block“, sagt er. „Diese Gemeinschaft ist stark zerstreut.“ Und das habe seit Kriegsbeginn noch zugenommen. Radikale Putin-Anhänger seien in der Minderheit. Die Mehrheit sei zögerlich, wolle am liebsten gar keine Stellung beziehen.

Anželika Litvinoviča findet das nicht richtig, bringt aber dennoch Verständnis auf. Die 20-Jährige stammt aus der südöstlichen Stadt Daugavpils, wo zu fast 100 Prozent Russisch gesprochen wird. Sie selbst wuchs zweisprachig auf. Viele Russischsprachige fühlen sich seit dem Überfall auf die Ukraine heimatlos. „Als würden sie einen Teil ihrer Identität verlieren.“ Denn die Muttersprache zu sprechen, fühle sich auf einmal falsch an oder werde von anderen verurteilt.

Litvinoviča studiert in Riga, fährt aber regelmäßig nach Hause, um in ihrer Stadt für eine offene, proeuropäische Gesellschaft zu werben. Sie entwickelte etwa ein Spiel für Oberstufenschüler, das helfen soll, russische Fake News zu durchschauen. Außerdem demonstrierte sie in Daugavpils für die Unterstützung der Ukraine – und wurde dafür in ihrer Heimatstadt auch beschimpft. Vielleicht, sagt sie, hätten die lettischen Regierungen zu spät russische Desinformation abgeblockt, vielleicht hätte es mehr Angebote zum Lettischlernen geben müssen. Allzu viele Vorwürfe aber will sie den Politikern nicht machen. „Integration ist wirklich eine Raketenwissenschaft.“

Eines aber sei ihr zufolge klar: Alle Letten müssten miteinander Lettisch sprechen können – nur so könnte die Nation zusammenfinden und sich einer gemeinsamen Kultur bewusst werden, nur so sei das Land sicher vor Angriffen auf seine Identität.

Viktoria Großmann



An der Staatsgrenze ist das Schild mehrsprachig, aber Amtssprache in Lettland ist ausschließlich Lettisch.

FOTO: ALEXANDER WELSCHER/DPA